

*Kompetenz
für
Sachsen-Anhalt*



SPD

SACHSEN-ANHALT

1677



A90-1677

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Sachsen-Anhalt!

Wir
müsse
über
Revo
Land
zusam

Für ein starkes Sachsen-Anhalt

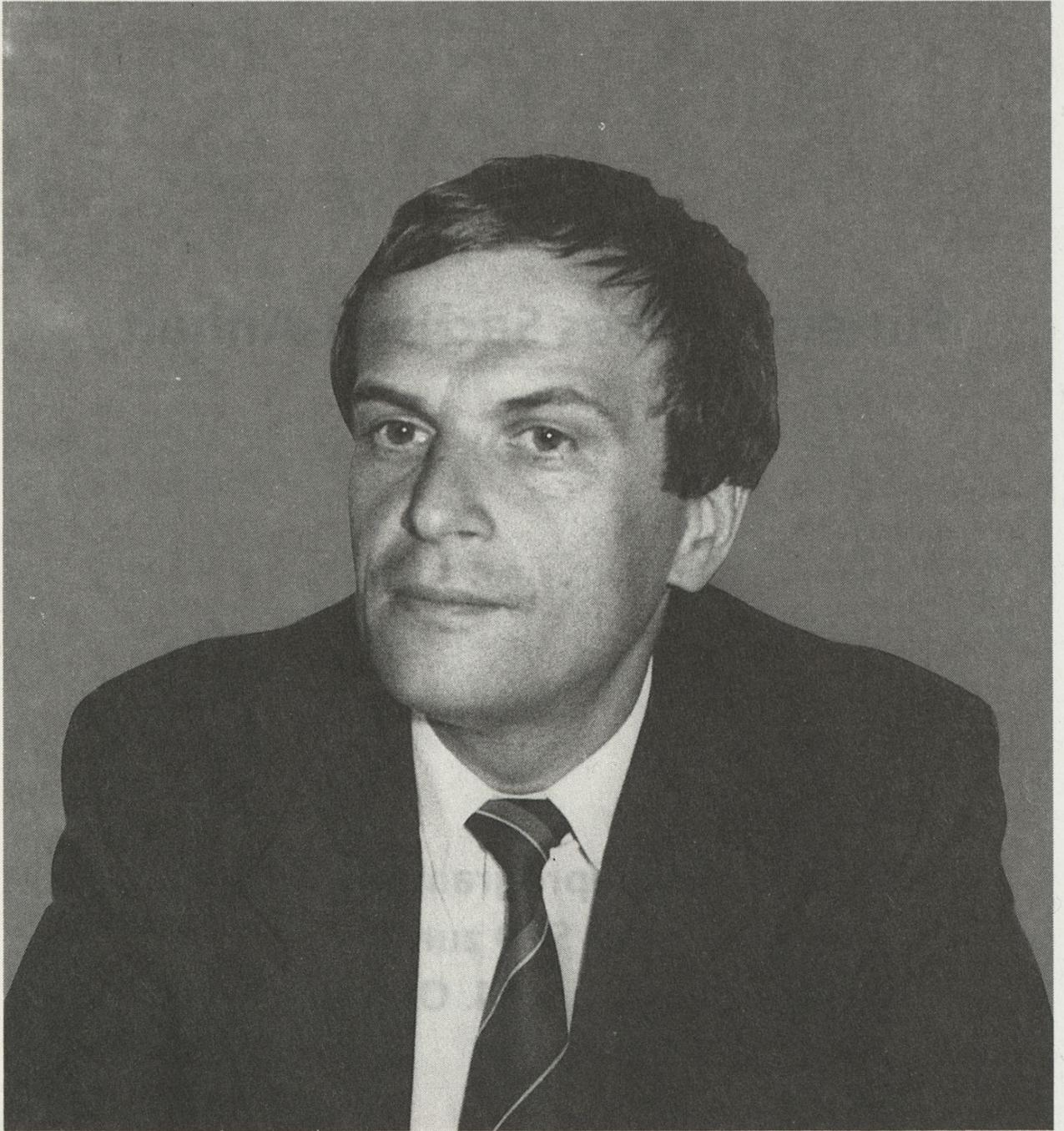
Die
polit
dat
Land
polit

Die
neu
an, d
Lehr
land

Wir
ein
one
Dör
nich
Noch
unse

Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl am 14. Oktober 1990

Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt haben eine Regierungsmehrheit mit Experten aus beiden Teilen des zusammenwachsenden Deutschlands zusammengestellt, die kompetent und hochmotiviert Sachsen-Anhalt aus der Krise herausführen wird. Ich habe schon in den Großveranstaltungen des Herbstes 1989 gesagt: "Was in den letzten 40 Jahren kaputt gemacht worden ist, kann nicht in 40 Tagen wieder aufgebaut werden, aber wir wollen auch nicht wieder 40 Jahre warten."



498-1677

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Sachsen-Anhalt!

Wir müssen die Gestaltung unserer Zukunft jetzt selbst in die Hand nehmen. Wir müssen Lähmung und Angst, die uns in den letzten Wochen und Monaten überfallen haben, überwinden. Wir wollen an die Hoffnungen der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 anknüpfen, durch die das alte Regime, das unser Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht hat, wie ein Kartenhaus zusammengefallen ist.

Die SPD in Sachsen-Anhalt ist ein Kind dieser Revolution. In ihr wachsen die politischen Kräfte der Erneuerung. Ich habe mich als Ministerpräsidenten-Kandidat zur Verfügung gestellt, weil ich nicht nur meiner Partei, sondern dem ganzen Land Sachsen-Anhalt helfen will, die Kräfte der Erneuerung zu entdecken und politisch wirksam werden zu lassen.

Die staatliche Einheit Deutschlands ist am 3. Oktober formal hergestellt. Über die neu gewonnene Bewegungsfreiheit sind wir alle glücklich. Nun kommt es darauf an, daß wir unseren Platz im neuen, föderativen Deutschland finden und bei uns Lebensverhältnisse herstellen, deren Qualität denen im westlichen Teil Deutschlands entspricht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt legen dazu ein ehrliches, in die Zukunft weisendes und am Grundsatz sozialer Gerechtigkeit orientiertes Programm vor. Noch sehen wir vor uns verfallende Städte und Dörfer. Noch arbeiten wir in Betrieben, die der Konkurrenz des Weltmarktes nicht gewachsen sind und kaum marktfähige, moderne Produkte herstellen. Noch prägen verseuchte Böden, Bäche und Flüsse unsere Landschaft. Noch liegt unser Lebensstandard deutlich unter dem anderer westeuropäischer Länder.

Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt haben eine Regierungsmannschaft mit Experten aus beiden Teilen des zusammenwachsenden Deutschlands zusammengestellt, die kompetent und hochmotiviert Sachsen-Anhalt aus der Krise herausführen wird. Ich habe schon in den Großveranstaltungen des Herbstes 1989 gesagt: "Was in den letzten 40 Jahren kaputtgemacht worden ist, kann nicht in 40 Tagen wieder aufgebaut werden, aber wir wollen auch nicht wieder 40 Jahre warten."

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bringen unsere Kraft, unsere Fähigkeit und unsere hundertjährige Tradition als Volkspartei ein, die eintritt für die Wahrung der Menschenwürde, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Ich stehe mit meiner Person dafür ein, daß unser an kulturellen und wirtschaftlichen Traditionen reiches Sachsen-Anhalt seine Stimme wiederfindet und selbstbewußt in den föderativen Staat Deutschland einbringt. Ich freue mich darüber, daß mir seit der Wende über meine Partei hinaus soviel Anerkennung und Autorität zugewachsen ist, daß mir schon jetzt viele Frauen und Männer ihre Unterstützung bei der Lösung unserer großen Aufgaben zugesagt haben.

Jetzt haben Sie es mit Ihrer Stimme in der Hand, diese Kräfte zu mobilisieren. Darum bitte ich Sie um Ihre Stimme für mich und meine Partei für eine menschenfreundliche Politik in einem Land, in dem wir uns alle zu Hause fühlen. Mein Ziel ist, daß jeder und jede auf die bedrängende Frage: Was wird aus mir? bald wieder eine hoffnungsvolle Antwort findet. Darum bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.

Ihr

Reinhard Höppner

Unser Programm auf einen Blick

Wirtschaft, Soziales, Finanzen	1. - 18.
Landwirtschaft	19. - 24.
Umwelt	25. - 35.
Tourismus	36. - 37.
Kultur und Sport	38. - 41.
Bildung	42. - 48.
Hochschulpolitik und Wissenschaft	49. - 53.
Gesundheitswesen	54. - 57.
Familienpolitik	58. - 59.
Frauen und Männer	60. - 62.
Verwaltung und Justiz	63. - 73.

Wirtschaft, Soziales, Finanzen

Uns bedrängende Fragen

1. "Ist mein Arbeitsplatz sicher?" und "Wo werde ich morgen Arbeit finden?" - Das sind uns heute bedrängende Fragen. Unternehmer, Investoren, Handwerker und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Treuhandanstalt wollen und müssen schnell wissen, was sie von der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt erwarten können.

Investitionen in die Zukunft

2. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird umgehend ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der regionalen und kommunalen Infrastruktur vorlegen. Wir werden die Wachstumskräfte der Regionen durch klare Konzepte für eine wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken. Investoren aus dem In- und Ausland werden ein leistungsfähiges Straßen- und Schienennetz und moderne Telekommunikationsmittel für ihre Arbeit zur Verfügung haben.

Verbesserung der Infrastruktur - Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt

3. Die schnelle Vergabe öffentlicher Aufträge zur Verbesserung der Infrastruktur ist auch ein Element unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir werden bei der Vergabe von Aufträgen sorgfältig darauf achten, daß ortsansässige Firmen und damit auch ortsansässige Arbeitskräfte berücksichtigt werden. Denn öffentliche Aufträge für den Bau von Straßen, Schienen, Post- und Fernmeldeanlagen, Wohnungen usw. müssen Beschäftigungsimpulse hier in Sachsen-Anhalt auslösen.

- Qualifizierung für zukunftsträchtige Arbeitsplätze** 4. Viele werden eine zukunftsträchtige Arbeit erst nach einer Umschulung finden. Wir fördern deshalb die Qualifizierung für zukunftsträchtige Arbeitsplätze und werden dazu überall im Land Beratungsstellen einrichten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß alle modernen Medien und Bildungseinrichtungen in den Dienst einer schnellen Umschulung gestellt werden.
- Förderung von Technologie-Zentren und von Personalaustauschprogrammen** 5. Hierzu gehört auch die Förderung von Technologie-Zentren und die Gründung von inner- und außerbetrieblichen Qualifizierungseinrichtungen einschließlich von Beschäftigungsgesellschaften, die eine zukunftsweisende Umschulung und Ausbildung vermitteln. Durch großangelegte Personalaustauschprogramme mit den westlichen Bundesländern werden wir uns deren Know-how und Fachwissen sichern und für unser Land und seine Menschen nutzbar machen.
- Förderung der Regionen** 6. Sozialdemokraten haben im Einigungsvertrag gesichert, daß es sich in Sachsen-Anhalt ebenso lohnt zu investieren wie im früheren Zonenrandgebiet in der BRD. Jetzt kommt es darauf an, daß unsere Standorte attraktiver werden als die in anderen Bundesländern. Wir sind das Land in der Mitte des vereinten Deutschlands. Das bietet Chancen. Wir werden jede Gelegenheit nutzen und um zentrale Fördermittel kämpfen, Schwerpunktprogramme erarbeiten und Förderungsmaßnahmen für unsere Regionen entwickeln.
- Zukunft für unsere Regionen** 7. Beispielhaft seien hier genannt der südliche Raum des Landes - Buna, Leuna, Bitterfeld, wo die chemische Industrie teilweise stillgelegt, teilweise modernisiert und durch Umweltschutzbetriebe ergänzt werden muß, die vor der Haustür ein Betätigungsfeld für jede Art von Umweltschutzmaßnahmen haben. Oder das Mansfelder Land, wo der Kupferbergbau

sozialverträglich durch die Förderung mittelständischer Industrie abgelöst werden muß.

Existenzgründungsprogramm für mittlere Betriebe

8. Wir werden deshalb ein Existenzgründungsprogramm für das Land Sachsen-Anhalt entwickeln, das die Programme des Bundes gezielt verstärkt. Sowohl die Beratung für die Existenzgründung wie die besondere Förderung bestehender kleinerer und mittlerer Betriebe sollen zur Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes beitragen.

Gründung von Wirtschaftsförderungsgesellschaften

9. Dazu wird eine sozialdemokratische Landesregierung unverzüglich auf kommunaler und regionaler Ebene Wirtschaftsförderungsgesellschaften gründen. Diese Einrichtungen werden auf kommunaler Ebene Gewerbeflächen ausweisen und für Investoren, Unternehmer und Gewerbetreibende behördliche Genehmigungen "aus einer Hand" beschaffen. Auf regionaler Ebene werden Beratungsteams zusammengestellt, die mit ihrem Beratungsservice zukünftigen Investoren den Zugang zu Mitteln aus den Kredit- und Bürgschaftsprogrammen der öffentlichen Hand erleichtern und eng mit den Regionalstellen und Betrieben der Treuhandanstalt zusammenarbeiten.

Sachsen-Anhalt als Produktionsstandort

10. In Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir schnell Flächennutzungspläne erarbeiten. Denn Sachsen-Anhalt soll wieder ein guter Produktionsstandort in Deutschland und nicht nur ein Absatzmarkt sein. Wir werden uns dafür einsetzen, daß unser Land aufgrund seiner ausbaufähigen Struktur eine besonders förderungswürdige Region der Europäischen Gemeinschaften wird.

- Alte Wohnungen sanieren - neue Wohnungen bauen** 11. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird dafür Sorge tragen, daß unsere Bürger endlich angemessenen Wohnraum erhalten. Die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes, aber auch seine Erweiterung haben für uns höchste Priorität. Beides steigert die Wohn- und Lebensqualität, verschafft kleinen und mittleren Betrieben vor Ort Aufträge und erhöht Einkommen und Beschäftigung in unserem Land. Das Wohnungsbauprogramm des Bundes soll Sachsen-Anhalt schnell zugute kommen. Deshalb werden wir zusätzliche Anreize und klare Zuständigkeiten schaffen, um die Eigeninitiative zu ermutigen und den Kommunen die Ausschöpfung der Fördermittel zur Pflege ihres Wohnungsbestandes zu ermöglichen.
- Demokratisierung der Arbeitswelt - Für freie und starke Gewerkschaften** 12. Unsere Wirtschaftspolitik ist nur auf den ersten Blick ein Förderprogramm ausschließlich für Unternehmer. Denn wir wissen: Eine starke Wirtschaft ist die beste Grundlage für eine vernünftige und soziale Arbeitnehmerpolitik. Eine zukunftsweisende soziale Marktwirtschaft braucht freie und starke Gewerkschaften. Wir setzen uns für die Demokratisierung der Arbeitswelt ein. Die demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll zu sozialer Partnerschaft und Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung in allen Betrieben führen.
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte** 13. Wir werden den schnellen Aufbau einer Arbeitsgerichtsbarkeit fördern, damit Arbeitnehmerrechte wirksam durchgesetzt werden können. Dabei schenken wir der Beratung und Klärung von Streitfragen im Vorfeld von gerichtlichen Entscheidungen große Aufmerksamkeit.

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - besonders für Jugendliche und Frauen** 14. Die soziale Sicherung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit muß gewährleistet sein. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt erleichtern. Besonders der Jugendarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit von Frauen werden wir begegnen. Die Hilfe der Arbeitsämter, insbesondere ihre Beratungstätigkeit, werden wir verbessern; für spezielle Problemgruppen werden wir besonders qualifizierte Beratungspersonen einstellen.
- Vorruhestand** 15. Sinnvolle Vorruhestandsregelungen müssen attraktiv sein. Deshalb fördern wir Programme, die aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Menschen eine weiterhin erfüllte und sinnvolle Lebensgestaltung ermöglichen.
- Für eine gleichberechtigte Finanzausstattung aller Bundesländer** 16. Der Aufbau unseres Landes und die Verbesserung der Lebensverhältnisse für unsere Bürger stellt auch die Finanzpolitik unseres Landes vor eine große Herausforderung. Unser Land und seine Gemeinden brauchen eine Finanzausstattung, die es ihnen erlaubt, ihre dringend notwendigen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen. Jetzt werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Es muß verhindert werden, daß Sachsen-Anhalt - wie die anderen Länder in der DDR auch - auf Dauer Kostgänger des Bundes wird. Es muß verhindert werden, daß unsere Bürger im vereinten Deutschland weniger öffentliche Leistungen erhalten als in Westdeutschland. Wir werden im Bundesrat des vereinten Deutschlands durch unsere Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes dafür sorgen, daß die im Grundgesetz verankerte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse für das gesamte Deutschland verwirklicht wird.

Neuregelung des Finanzausgleichs

17. Wir werden unverzüglich zusammen mit den anderen Ländern in der DDR in Verhandlungen mit der Bundesregierung eintreten mit dem Ziel, daß der Bund ausreichende Finanzhilfen für die Haushalte von Ländern und Gemeinden bereitstellt. Bei der zukünftigen Neuregelung des Finanzausgleichs im geeinten Deutschland muß sichergestellt werden, daß unser Land gleichberechtigt am Länderfinanzausgleich teilnimmt und darüber hinaus im notwendigen Umfang ergänzende Bundeshilfen erhält. Hier ist der Bund wegen der besonderen Lasten der Länder der DDR gefordert.

Leistung und Kompe- tenz für unsere Wirtschaft

18. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die Wirtschafts- und Sozialpolitik als eine Einheit. Nur so kann soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden. Unsere Partei ist aus der friedlichen Revolution des Herbstes 1989 hervorgegangen. Deshalb werden wir alles uns Mögliche dafür tun, daß nicht alte Funktionärsprivilegien, sondern ausschließlich Leistung und Kompetenz zählen und überall, wo geboten, die Vertrauenswürdigkeit ein Eignungskriterium ist. Wir werden verhindern, daß "Betonköpfe" von gestern den Aufschwung von morgen gefährden.

Landwirtschaft

Anpassung an die EG

19. Sachsen-Anhalt hat fruchtbare Böden und erfahrene Landwirte, deren Arbeit sich schon in der nächsten Ernteperiode wieder lohnen muß. Eine schnelle, sozial und ökologisch verträgliche Integration unserer Landwirtschaft in den europäischen Markt auf der Grundlage vielfältiger Eigentumsformen ist darum das Ziel unserer Politik. Zwar liegen

für den Bereich der Landwirtschaft wichtige Entscheidungskompetenzen bei der Europäischen Gemeinschaft und bei der Bundesregierung. In einer sozialdemokratisch geführten Regierung werden aber erfahrene Experten speziell für dieses Gebiet tätig sein, um unsere besonderen Interessen zu wahren und die Rahmenbedingungen unseren Verhältnissen anzupassen. Wir werden umgehend ein Beratungszentrum für die Umgestaltung der Landwirtschaft aufbauen. Die ökologisch unsinnigen Großbetriebe mit der Trennung zwischen Pflanzen- und Tierproduktion müssen entflochten werden. Bei der gerechten Aufteilung von Erzeugerquoten wollen wir ein Mitspracherecht.

Bodenreform endgültig

20. Wir brauchen schnell Klarheit über die Voraussetzungen, auf denen unsere Landwirtschaft aufbauen kann. Die Bodenreform ist für uns endgültig, ohne jedes Wenn und Aber. Die Eigentumsrechte an Grund und Boden für unsere Landwirte bleiben erhalten. Altes Unrecht kann nicht durch neues Unrecht wiedergutmacht werden. Bodenspekulation werden wir unterbinden.

Für Kredithilfen

21. Die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte müssen schnell an das EG-Niveau herangeführt werden. Nicht nur Liquiditätskredite, sondern endlich auch Investitionskredite sind zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit schnell und wirksam zu gewähren. Wir setzen uns für Schutzbedingungen ein, wie sie auch anderen Ländern beim Beitritt zur EG zugestanden wurden. Für frei werdende Arbeitskräfte brauchen wir auch auf dem Land Arbeitsbeschaffungsprogramme und Ersatzarbeitsplätze. Maßnahmen zur besseren Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte haben bei uns höchste Priorität, um heimischen Produkten den Zugang zu den Märkten zu eröffnen. Die Direktvermarktung der

Produkte durch die Landwirte soll den Zwischenhandel zu effektiver Arbeit anspornen. Die Agrarindustrie muß den modernen Anforderungen angepaßt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß mittelständische Betriebe im ländlichen Raum Fuß fassen.

Für den Erhalt unserer Forschungsinstitute

22. Das Land Sachsen-Anhalt besitzt weltweit anerkannte Forschungseinrichtungen der Landwirtschaft in Gatersleben und Kleinwanzleben. Sie müssen im Interesse unserer Landwirtschaft erhalten bleiben.

Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft

23. Den ökologischen Grundsätzen muß in Zukunft Rechnung getragen werden, auch in der Landwirtschaft. Wir werden fördern, was diesem Ziel dient. Biotopgestaltung statt Flächenstillegung, Neuordnung der Flurstücke und das Anlegen von Flurgehölzen und Schutzstreifen zur Eindämmung von Wind- und Wassererosion. Ein Umwelt- und Naturschutzamt soll dazu beitragen, daß nicht weitere ökologische Schäden durch unsachgemäßen Umgang mit Gülle oder Düngemitteln entstehen.

Unseren Wald schützen

24. Dem Wald gehört unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir werden wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Waldschäden einleiten, insbesondere im Harzgebiet. Bei der Erhaltung der Biotope im Grenzgebiet zu Niedersachsen werden wir eine enge Zusammenarbeit zu unserem sozialdemokratisch regierten Nachbarland entwickeln. Für die Rekultivierung der Truppenübungsplätze wird baldmöglichst ein Landesprogramm entwickelt.

Umwelt

Umweltschutz als Verfassungsgrundsatz

25. Umweltpolitik ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentrales Anliegen. Die ökologische Orientierung der Marktwirtschaft erfordert stets zu fragen, was ökologisch sinnvoll und nötig und damit erst zukunftsfruchtig ist. Wir wollen daher, daß der Umweltschutz als Staatsziel in der Verfassung verankert wird.

Energie einsparen statt verschwenden

26. Eine ökologisch verantwortbare Energiepolitik ist ein Grundbaustein vernünftiger Umweltpolitik. Die Schäden der bisherigen Energiewirtschaft sind unermesslich. Absoluten Vorrang haben deshalb für uns Energieeinsparung und wirklich rationelle Energieverwendung. Wir wollen deshalb kleine, aber landesweit wirksame Investitionen fördern, wie z.B. Wärmedämmung, effektives Heizen, Abwärmenutzung, kraftstoffsparende Fahrzeuge. Wir werden die dazu notwendige mittelständische Industrie bei uns ansiedeln und nach Kräften fördern.

Erhöhung der Energieausbeute

27. Wir sind für den Subventionsabbau bei den Energiepreisen, für möglichst viel Fernwärme in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung, schnelle Rekonstruktion der Kraftwerke, um die Energieausbeute zu erhöhen und die Emissionen zu verringern. Energieverbundsysteme wo nötig, dezentrale Energieversorgung wo möglich. Wir haben auf diesem Gebiet so viel nachzuholen, daß jetzt nur noch die modernste Technik gebaut und angewendet werden kann.

Kein Kernkraftwerk Stendal

28. Mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gibt es keinen Einstieg in die Atomenergie in unserem Land, wird aus dem Kraftwerk

Stendal kein Kernkraftwerk. Wir werden nach amerikanischem Vorbild eine Nutzung der bisherigen Investitionen durch Umrüstung auf eine andere Energiequelle, z.B. Erdgas, angehen. Zudem setzen wir uns für eine drastische Reduzierung des Einsatzes von Braunkohle ein.

Keine Zersiedlung der Landschaft

29. Im Bereich Raumordnung und Verkehr müssen Flächennutzungs- und Bebauungspläne die willkürliche Zersiedlung der Landschaft verhindern. Alte Gewerbeflächen und Industrieansiedlungen müssen genutzt werden. Wo Altlasten dies verhindern und das Verursacherprinzip sich nicht durchsetzen läßt, müssen staatliche Programme zur Beseitigung von Altlasten entwickelt werden. Wir werden dafür kämpfen, daß die Chemieregion Sachsen-Anhalts schwerpunktmäßig durch Bundesmittel saniert wird. Denn die Schäden wurden durch das zentralistische SED-Regime verursacht; und die notwendigen Investitionen für saubere Luft und sauberes Wasser kommen nicht nur uns zugute, sondern auch den Menschen in unseren Nachbarländern.

Schiene vor Straße

30. Bei der Verkehrsplanung gilt für uns der Grundsatz: Die Schiene hat Vorrang vor der Straße. Doch auch unsere Straßen sind dringend zu verbessern. Wir setzen uns für einen zügigen, aber auch umweltverträglichen Ausbau einer Nord-Süd-Verkehrsader durch unser Land ein. Die Wiederherstellung der Eisenbahnstrecke Halle-Magdeburg-Stendal mit entsprechenden Anschlußstrecken werden wir unverzüglich in Angriff nehmen.

Anschluß an das IC-Netz

31. Aber auch die Zugverbindungen zu Niedersachsen sind auszubauen. Wir streben an, daß Magdeburg umgehend an die Intercity-Strecke zwischen Hannover und Potsdam/Berlin angeschlossen wird. Sobald wie möglich soll dies für die Strecke Magdeburg-Halle-

Leipzig/Naumburg folgen. Wichtig ist für uns ein bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr in der Umgebung der größeren Städte. Über Landesgrenzen hinweg muß über einen Verkehrsverbund im Raum Halle-Leipzig-Merseburg verhandelt werden.

Ost-West-Autobahn

32. Die Verkehrsverbindungen zwischen Magdeburg-Dessau-Wittenberg müssen schnell verbessert werden; denn die Integration dieses Raumes in unser Land ist uns ein zentrales Anliegen. Für den Süden ist eine vernünftige Planung für eine Ost-West-Autobahn erforderlich. Bei allen diesen Planungen sollen die gewachsenen Naturregionen im früheren Sperrgebiet weitestmöglich erhalten bleiben. Die Verkehrswege an unserer Westgrenze müssen wiederhergestellt bzw. ausgebaut werden.

Sauberes Trinkwasser

33. Für die Wasserversorgung brauchen wir ein neues Gesamtkonzept. Wir brauchen endlich überall im Land eine zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Landesinstitutionen müssen die Reinhaltung des Trinkwassers überwachen.

Abfallvermeidung vor -verwertung

34. Große Sorgen machen uns alte Mülldeponien. Deshalb werden wir sie zunächst sämtlich erfassen und nach Priorität sanieren. Für die Zukunft haben für uns Abfallvermeidung und Wiederverwertung absoluten Vorrang. Deshalb fördern wir die Erfassung und Nutzung von Sekundär-Rohstoffen nach Kräften. Auch für die Streitkräfte müssen künftig die Umweltschutzvorschriften gelten.

Zusammenarbeit mit Bürgerbewegungen

35. Zur Bekämpfung von Umweltsündern wollen wir intensiv mit Bürgerbewegungen zusammenarbeiten und sie unterstützen. Sie sollen angemessene Rechte, z.B. das der Verbandsklage erhalten.

Tourismus

Unser schönes Land

36. Sachsen-Anhalt hat viel Sehenswertes an Natur und Kultur. Wenn wir unsere eigenen Schätze entdecken und pflegen, wird unser Land auch für viele Besucher interessant. Jeder Versuch einer Aufzählung ist unvollständig und ungerecht. Soll man nun die Dome in Magdeburg, Halberstadt, Stendal, Naumburg, Merseburg nennen oder die Lutherstädte Wittenberg, Eisleben und Mansfeld, das Bauhaus in Dessau, die romanischen Stiftskirchen in Gernrode und Quedlinburg. Wir haben einen Schatz zu bewahren, der auch wirtschaftlich nicht unbedeutend ist. Hier lohnen sich Initiative und Unternehmergeist, denn überall fehlt es an Hotels, Gaststätten und anderen den Tourismus fördernden Einrichtungen. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird schnell aus dem Weg räumen, was die rasche Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges behindert.

Für einen "sanften" Tourismus

37. Bei allen Planungen werden wir Landschaftspflege und Naturschutz gebührend berücksichtigen. Auch im Blick auf einen "sanften" Tourismus, den wir fördern wollen, ist die Entwicklung des Nationalparks Oberharz, der Naturschutzparks Harz, Kyffhäuser und Drömling, des Biosphärenreservates Mittelelbe und der neuen Reservate im ehemaligen Grenzstreifen von Bedeutung.

Kultur und Sport

Kulturland Sachsen-Anhalt

38. Bei der Kultur geht es in besonderer Weise um unsere Wurzeln und unser eigenes Profil als neues Bundesland. Deshalb werden wir Kunst fördern, aber

auch dafür sorgen, daß die Gelder nicht in der Verwaltung der Kunst verschwinden. Theater und Museen müssen lebensfähig bleiben. Die Volkskunst bereichert unser Leben und muß in ihrer Vielfalt erhalten bleiben. Für manches müssen sich freie Träger finden, anderes gehört in die Zuständigkeit der Kommunen. Rentabilität darf nicht zum alleinigen Kriterium werden. Gute Kunst ist selten rentabel. Das Land wird überall dort Förderungsmittel einsetzen, wo es um die Bewahrung unseres eigenen, gewachsenen Profils geht.

Für freie, unabhängige Medien

39. Ein Mediengesetz muß sichern, daß öffentlich-rechtliche und private Anbieter von Rundfunk und Fernsehen eine reelle Chance haben. Wir streben einen Staatsvertrag mit Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern für eine leistungsfähige gemeinsame öffentlich-rechtliche Anstalt der ARD an.

Kultur anderer Völker

40. In unserem Land leben Ausländer. Wir wollen sie nicht ausgrenzen; vielmehr begrüßen wir die Vielfalt ihrer Kulturen, die sie uns mitbringen. Lasten tragen wir in gegenseitiger Solidarität mit.

Förderung des Breitensports

41. Der Sport hat große Umstellungsprobleme. Er wird von uns in Zukunft zielgerichtet so gefördert, daß die Mittel wirklich den Sportlern zugute kommen und nicht den viel zu großen Verwaltungsapparaten. Unser Schwerpunkt liegt bei der Förderung des Breitensports. Die Verbesserung der Bedingungen in den verschiedenen Einrichtungen werden wir auch finanziell unterstützen. Für den Leistungssport müssen verstärkt private Sponsoren gefunden werden.

Bildung

- Für kinderfreundliche Schulen** 42. In kinderfreundlichen Schulen sollen unsere Kinder auf ein sinnvolles, glückliches und eigenverantwortliches Leben in einer immer komplizierter werdenden Welt vorbereitet werden. Ohne die Mitwirkung der Eltern, die die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen, ist das nicht möglich.
- Mitbestimmung von Eltern und Schülern** 43. Darum sollen Eltern und Schüler über die Gestaltung unserer Schulen in Schulkonferenzen mitbestimmen können. Das werden wir durch eine entsprechende Schulverfassung sichern.
- Für unterschiedliche Schultypen** 44. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns ohne ideologische Scheuklappen für eine Schule ein, die an europäischen Maßstäben orientiert ist. Deshalb lehnen wir eine kritiklose Übernahme der gegliederten Schulmodelle ab. Es geht uns um ein breites, durchlässiges und qualifiziertes Bildungsangebot für alle. Schulen in freier Trägerschaft werden gefördert. Alle Schülerinnen und Schüler mit entsprechender Begabung sollen die Hochschulreife erwerben können. Vorzeitige Auslese darf Bildungschancen nicht verbauen; vielmehr sollen Begabungen rechtzeitig gefördert werden, ohne daß die Chancengleichheit beeinträchtigt wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns für den Erhalt des Bildungsganges "Berufsbildung mit Abitur" und für die staatliche Subvention von Abiturkursen an Volkshochschulen einsetzen.
- Eine bessere Lehrerausbildung** 45. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrern helfen, eigenständige Persönlichkeiten zu sein, an denen unsere Kinder wachsen können. Darum werden wir

vielfältige Weiterbildung organisieren, den Lehreraustausch zwischen unterschiedlichen Schultypen fördern und die Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer an wissenschaftliche Hochschulen verlagern.

Bundeshilfen zur beruflichen Bildung

46. Wir treten für eine Berufsbildung in öffentlicher Verantwortung ein, die unter Mitwirkung der Sozialparteien an unterschiedlichen Lernorten (Betrieb, Berufsschule, überbetriebliche Ausbildung) stattfindet. Die Ausbildungsplätze in den Betrieben und Betriebsberufsschulen müssen erhalten bleiben. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird sich nachhaltig für Bundeszuschüsse zur Sicherung und Verbesserung der Berufsausbildung, insbesondere zur zeitgemäßen Ausstattung der Einrichtungen und für eine Fortbildung der Berufspädagogen einsetzen.

Integration der Behinderten

47. Die Integration Behinderter ist uns ein besonderes Anliegen. Darum soll das Lernen, soweit es der Behinderungsgrad ermöglicht, in Gemeinschaft mit nichtbehinderten Kindern erfolgen. Wo das nicht möglich ist, müssen gut ausgestattete Sonderschulen zur Verfügung stehen. Für uns hat jeder Behinderte das Recht auf eine seiner Fähigkeit angemessene Schul- und Berufsausbildung. Staatliche Unterstützung und staatliche Auflagen gegenüber Betrieben müssen dieses Recht sichern.

Erhalt der Kindergärten

48. Kindergärten ermöglichen den Eltern eine bessere Gestaltung ihres eigenen Lebens. Sie ermöglichen den Kindern soziales Lernen, fördern ihre Kreativität und erleichtern den Anfang in der Schule. Wir setzen uns darum nachhaltig für den Erhalt der Kindergärten ein und fördern vielfältige Formen der Trägerschaft durch Kommunen, Betriebe, Kirchen und andere Einrichtungen. Gleiches gilt auch für Kinderkrippen und Horteinrichtungen.

Hochschulpolitik und Wissenschaft

Ausbau der bestehenden Hochschulen

49. Sachsen-Anhalt hat wichtige Hochschulen, Ingenieurschulen, Akademien und wissenschaftliche Einrichtungen. Ihre Förderung und Neugestaltung soll der Freiheit der Wissenschaft und einer effektiven internationalen Zusammenarbeit wieder zum Durchbruch verhelfen.

Mitbestimmung der Beteiligten

50. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für eine wirksame Mitbestimmung aller an Wissenschaft und Forschung Beteiligten über wissenschaftliche Räte, Personal- und Studentenräte ein. Ein entsprechendes Hochschulgesetz dazu wird mit den Betroffenen erarbeitet und bald verabschiedet werden. Die Abschlüsse der verschiedenen Hochschul- und Ingenieurschuleinrichtungen müssen nicht nur anerkannt, sondern auch international geachtet sein. Die Zusammenarbeit der Hochschulen untereinander und mit der Industrie soll diesen Prozeß beschleunigen. Der Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulen muß unkompliziert möglich sein. Für wichtige Fachrichtungen werden wir die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Entbehrliche Fachrichtungen bauen wir ab. Schützenswerte Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir durch Sozialpläne wahren.

Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften

51. Den Geistes- und Sozialwissenschaften muß wieder der ihnen gebührende Raum eingeräumt werden. Die Hochschulen sind gefordert, ihre Ausbildung verstärkt am Prinzip des lebenslangen Lernens auszurichten.

Gegen Verschulung der Hochschulen

52. Der Verschulung der Hochschulen werden wir
Einhalt gebieten. Der Erwachsenenbildung und
Weiterbildung kommt gerade im Blick auf die
notwendigen Umschulungsprogramme, die
Arbeitslosigkeit abbauen helfen, große Bedeutung zu.

Soziale Sicherung der Studenten

53. Eine Fülle praktischer Probleme ist zu lösen.
Lehrstühle und Dozenturen müssen neu ausge-
schrieben und ausschließlich nach Kriterien fachlicher
Eignung besetzt werden. Die Studentinnen und
Studenten müssen sozial abgesichert sein. Jedem
begabten Studenten und jeder begabten Studentin
muß ein Studium unabhängig von der sozialen
Herkunft möglich sein. Das erfordert die
Zusammenarbeit mit den Kommunen im Blick auf
preiswerte Studentenwohnungen sowie die
Versorgung der Studentinnen und Studenten.

Gesundheitswesen

Für ein differenziertes Gesundheitswesen

54. Das Gesundheitswesen muß neu organisiert und
vom Sozialwesen getrennt werden. Private, gemein-
schaftliche, kommunale und konfessionelle Einrich-
tungen sowie gemeinnützige Verbände sollen neben-
einander eine Existenzberechtigung haben. Die Finan-
zierung muß über die gesetzlichen Krankenkassen
realisiert werden. Um den Ausstattungsgrad der Kran-
kenhäuser schnell zu verbessern, werden wir Sozialde-
mokraten uns dafür einsetzen, daß zusätzliche finan-
zielle Mittel für diesen Bereich bereitgestellt werden.

Freie Arztwahl

55. Jeder Bürger hat das Recht auf freie Arztwahl.
Dabei ist die hausärztliche Tätigkeit für niederge-
lassene Ärzte ein Kernstück der ambulanten medi-
zinischen Versorgung. Daneben können Polikliniken

in kommunaler Trägerschaft Zentren einer spezialisierten Betreuung sein.

Persönliche Hilfe

56. Die Arbeit von Gemeindeschwesterstationen in den Kommunen wird von uns gefördert. Sozialstationen können die medizinische Betreuung entlasten. Wir treten dafür ein, daß die Mithilfe von Angehörigen bei der Betreuung von Kranken und Pflegebedürftigen finanziell unterstützt wird. Hier kommt auch gemeinnützigen Vereinigungen, die wir entsprechend fördern wollen, eine große Bedeutung zu. Wir sind für eine Verbesserung der Behandlung und Pflege, der Rehabilitation und sozialen Eingliederung psychisch kranker Bürgerinnen und Bürger. Sozial schwache Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen ebenso wie Behinderte in unserer Solidargemeinschaft integriert sein.

Ausbau kommunaler Gesundheitsämter

57. Das Betriebsgesundheitswesen soll schrittweise auf die Erfüllung arbeitsmedizinischer Aufgaben zurückgeführt werden. Der vorbeugende Gesundheitsschutz ist von kommunalen Gesundheitsämtern zu organisieren. Dazu gehören auch die Schwangeren- und Mütterberatung sowie das gesamte Impfwesen. Der Drogen- und Suchtproblematik werden wir in Zukunft große Aufmerksamkeit widmen. Aufklärung und Beratung stehen hier im Vordergrund. Die Bildung von Selbsthilfegruppen werden wir in diesem, aber auch in anderen Bereichen der Gesundheitsfürsorge fördern.



Familienpolitik

Eine kinderfreundliche Gesellschaft

58. In der Familienpolitik geht es um mehr als soziale Gerechtigkeit. Es geht um das Glück und die Lebendigkeit der heranwachsenden Generation. Das Kindergeld pro Kind soll nicht nur erhalten, sondern deutlich erhöht werden. Die SPD tritt für eine kinderfreundliche Gesellschaft ein, in der Kinder und Erwerbstätigkeit miteinander verbunden werden können. Darum treten wir für eine gesetzlich abgesicherte Kindergartenbetreuung und für eine qualitativ gute Freizeitbetreuung der Schüler ein. Die bezahlte Freistellung der Mütter und Väter nach der Geburt des Kindes muß gesichert sein. Die SPD tritt dafür ein, daß ein bezahlter Sonderurlaub den erwerbstätigen Müttern und Vätern die Betreuung kranker Kinder auch weiterhin ermöglicht; dabei sind die besonderen Belastungen Alleinerziehender zu berücksichtigen.

Für einen gesicherten Lebensabend

59. Alte Menschen haben Anspruch auf einen Lebensabend frei von materieller Sorge und Existenzangst. Sie müssen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Altenheime dürfen keine Verwahranstalten sein, sondern Stätten der Geborgenheit und Hilfe.

Frauen und Männer

Gleichstellung von Frauen und Männern

60. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Sachsen-Anhalt nicht verwirklicht: In vielen Bereichen gehen die sozialen Umbrüche, die wir jetzt erleben, zu Lasten der Frauen. Dem werden wir durch folgende Maßnahmen entgegenwirken:



- Bei der Umstrukturierung der Wirtschaft, bei Entlassungen, Umschulung und Weiterbildung sowie bei Sozialpläne sollen Frauen, insbesondere Alleinstehende mit Kindern, besonderen Schutz genießen.

- In den Arbeitsämtern werden besondere Beauftragte für die Vermittlung spezieller Problemgruppen unter den Frauen eingesetzt.

- Eine gesellschaftliche und tarifpolitische Aufwertung typischer Frauenberufe werden wir unterstützen.

- Die Betreuung der Kinder in Kindergärten und Schulhorten bleibt erhalten. Das Freizeitangebot für Kinder wird verbessert.

Frauenhäuser

61. Gewalt gegen Frauen werden wir entgegentreten. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird rechtzeitig Maßnahmen gegen diese zunehmende Gewalt einleiten, beginnend bei der Aufklärung in der Schule über die Verbesserung der Ausbildung der Polizei, bis hin zur Förderung von Zufluchtsstätten für Frauen (Frauenhäuser).

Hilfe statt Strafe für werdende Mütter

62. Wir setzen uns für den Erhalt der Fristenregelung ein und beginnen umgehend mit der Einrichtung von Beratungsstellen verschiedener Träger für Frauen. Werdendes Leben schützen wir durch finanzielle und soziale Hilfen, insbesondere für alleinstehende Mütter.

Verwaltung und Justiz

Abbau der Bürokratie

63. Die Abteilung Inneres des SED-Staates war eine ständige Quelle von Angst und Bevormundung. Das muß ein Ende haben. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit ihrer Politik dafür

sorgen, daß die Bürokratie des Staates abgebaut und der Bevormundung der Bürger endlich ein Riegel vorgeschoben wird. Wir werden sicherstellen, daß an die Schaltstellen der Verwaltung Vertrauenspersonen kommen, die weder eine Stasi- noch eine stalinistische Vergangenheit haben, egal ob sie sich bisher in den Blockparteien versteckten oder der SED/PDS angehörten.

Für eine neue bürgernahe Polizei

64. Innerer Friede und persönliche Sicherheit jedes einzelnen Bürgers gehören zusammen. Die Bürger in Sachsen-Anhalt müssen sich darauf verlassen können, daß sie in Zukunft durch eine neue, andere Polizei vor Gewalt, Willkür und Kriminalität geschützt werden. Die Polizei muß bürgernah, effektiv, in den Grundsätzen durchschaubar und damit demokratisch sein. Wir wollen die im vergangenen Herbst entdeckten und bewährten Elemente der Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürgern und Polizei ausbauen. Ein Polizeigesetz wird das sichern. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden beim Einsatz der Polizei streng darauf achten, daß da, wo notwendig, die eingesetzten Mittel der Situation angemessen sind. Gesellschaftliche und soziale Probleme müssen politisch gelöst und dürfen nicht auf dem Rücken von Polizisten ausgetragen werden. In diesem Sinne braucht die Polizei eine bessere Ausbildung und eine vernünftige Ausrüstung.

Schutz der Intimsphäre und der persönlichen Daten

65. Dem Datenschutz kommt besondere Bedeutung zu. Bei einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung können sich die Menschen in unserem Land darauf verlassen, daß ihre Intimsphäre gewahrt wird und vom Staat unangetastet bleibt. Der Schutz der persönlichen Daten wird durch ein Datenschutzgesetz verwirklicht.

- Sanierung der politischen "Altlasten"** 66. Das Thema Staatssicherheit ist für uns nicht vom Tisch. Wo die Verflechtung mit der SED/PDS und den ehemaligen Blockparteien noch immer wirkt und Wege in die Zukunft verbaut, werden wir die alten Machtmechanismen aufdecken. Die SPD ist die einzige Partei ohne Berührungsängste. Wir sind gegen jedwede Hexenjagd; aber wer seine Macht und seine Privilegien von gestern durch Erpressungsversuche zu retten versucht, wird von uns gestellt. Das gilt insbesondere für alte Funktionäre in Wirtschaft und Verwaltung.
- Verwaltungsgerichte** 67. Damit die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen der Behörden überprüfen lassen und ihre Interessen rechtsstaatlich durchsetzen können, werden wir schnell Verwaltungsgerichte aufbauen.
- Mehr Bürgernähe** 68. Ein sozialdemokratischer Ministerpräsident wird einen Bürgerbeauftragten einsetzen, damit wir aufmerksam wahrnehmen, was die Menschen bewegt und unsere Politik danach ausrichten. Nicht Abschirmung, sondern Bürgernähe ist ein Kernstück sozialdemokratischer Politik.
- Volksentscheid und Bürgerbegehren** 69. Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen nehmen wir ernst. Die Losung "Wir sind das Volk" ist bei uns mit dem Herbst 1989 nicht erledigt. Darum sollen Volksentscheid und Bürgerbegehren in die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt. Denn wir wollen eine lebendige Demokratie mit politisch mündigen Bürgern.
- Verbandsklage** 70. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fördern dieses Engagement. Darum setzen wir uns dafür ein, daß den Bürgerbewegungen das Recht zur Verbandsklage vor den Gerichten eingeräumt wird.

Rechtssicherheit schaffen - Aufbau einer unabhängigen Justiz 71. Wir werden eine handlungsfähige Justiz aufbauen, die rasch entscheidet und damit Rechtssicherheit schafft. Zivil-, Straf-, Arbeits-, Sozial-, Finanz- und allgemeine Verwaltungsgerichte werden, nur an Recht und Gesetz orientiert, den Bürgerinnen und Bürgern helfen, zu ihrem Recht zu kommen. Die Auswahl der künftigen Richter und Staatsanwälte wird sorgfältig, aber dennoch zügig erfolgen. Bei dem Aufbau der Justiz werden wir eng mit westdeutschen Ländern zusammenarbeiten.

Rechtsberatung - außergerichtliche Streitschlichtung 72. Besonders wichtig sind für uns außergerichtliche Schiedsstellen und Rechtsberatungsstellen. Hierfür werden wir den Kommunen, aber auch Verbrauchervereinen und anderen freien Trägern Hilfestellung leisten.

Humaner Strafvollzug 73. Den Strafvollzug werden wir grundlegend reformieren. Nicht die formale Bestrafung, sondern die Hilfe zur Wiedereingliederung steht bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Mittelpunkt.

Bibliothek der FES



1186301

Bitte gewünschtes ankreuzen,
ausschneiden und an den Herausgeber

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Bürgelstraße 1
3010 Magdeburg

einsenden.

- Bitte senden Sie mir Informationsmaterial
- Ich möchte im Wahlkampf helfen
- Ich möchte Mitglied der SPD werden

Name/Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

